

Fraktion DIE LINKE - Rede zum Haushalt 2010

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Unger,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir, DIE LINKE, haben in diesem Jahr zum ersten Mal aktiv an den Haushaltsplanberatungen teilnehmen können. Das soll allerdings nicht heißen, dass DIE LINKE nicht auch schon in den vergangenen Jahren aufmerksam die Haushaltsplanberatungen verfolgt hat.

Bislang war das Leben im Gütersloher Rat wohl einfacher. Geld war ausreichend vorhanden. Man konnte mit dem Füllhorn umhergehen, und den BürgerInnen Gutes tun. Und die kommunalen Steuern hielten sich auf vergleichsweise niedrigem Niveau.

Dies hat sich aber mittlerweile grundlegend geändert. Daran sind verschiedene innere und äußere Umstände Schuld. Die Verantwortlichkeiten dafür werden wir später noch genauer feststellen.

Es fehlt Geld im städt. Haushalt. Und das nicht gerade wenig, sondern ein Betrag zwischen 24,5 und 27 Mio. €, die Schätzungen schwanken da noch leicht. Die Haushaltslage ist prekär und es droht, für die nächsten Jahre, das Gespenst der Haushaltssicherung.

„Wie konnte das so schnell geschehen? Wo ist das viele Geld geblieben?“ --- stellen wir die Frage.

Als DIE LINKE haben wir staunend bei den Haushaltsplanberatungen gesessen, und uns gefragt: „Was passiert hier? Was machen DIE da und was geschieht hier eigentlich?“

Verwaltung und Fraktionen überboten sich geradezu gegenseitig mit Einsparvorschlägen. Fast wie beim Ausverkauf im Baumarkt: „20% auf ALLES incl. Personalkostenabbau? Darf´s nicht noch etwas mehr sein?“

Sollten wir da mittun? Aber nach einiger Zeit begriffen wir! Es handelte sich hier nicht um Haushaltsplanberatungen, sondern um eine Selbstverstümmelung am eigenen Herzen, dass Ableben mit einkalkuliert. Operation gelungen, Patient tot.

Ein Mitglied von ATTAC hat einmal bei einer Sitzung der Bürgerinitiative „*Demokratie wagen*“ gesagt: „Kürzungen im Haushalt sollten grundsätzlich abgelehnt werden.“ Und damit hatte er grundsätzlich Recht!

Warum stellen wir den Haushaltsplan nicht so auf, wie es notwendig und für die Stadt vernünftig und richtig wäre? Und schicken ihn dann nach Düsseldorf oder Berlin, mit der Bitte, die fehlende Differenz zu übernehmen? Das wäre, wie gesagt, richtig.

Aber dagegen gibt es Regeln und Gesetze, die verhindern, dass so etwas geschieht. Am Ende würde nur der Etat von der Bezirksregierung zwangsweise gekürzt. Also haben wir gute Mine zum bösen Spiel gemacht, und mit.....gemacht.

So hat sich auch DIE LINKE eingehend Gedanken über Einnahmenerhöhungen und Ausgabenkürzungen gemacht.

Wir stimmten Erhöhungen der Gewerbe-, Grund-, Hunde- und anderen Steuern und Gebühren zu. Nicht etwa, weil wir das gut und richtig fanden, sondern weil wir keine andere Möglichkeit sahen, das zu umgehen.

Schwarz - gelbe Bundes- und Landespolitiker machen Klientelpolitik, versprechen den Bürgern umfänglichste Steuersenkungen! Woher soll das Geld kommen? Die Kassen sind leer.

Solche Politiker mit Verantwortungsdefizit vergessen meist, dass Steuern nicht das „Ausnehmen der Bürger“ sind, sondern der Beitrag zur Finanzierung der gesetzlichen Pflichten des Sozialstaates. Aber der Bürger wird sich durch solche Steuerversprechen nicht kaufen lassen und sein Votum dazu bei der nächsten Wahl schon abgeben.

Steuergelder die von Bundes- und Landespolitikern hingeschenkt werden, fehlen den Kommunen bei den Einnahmen. Darüber hinaus werden den Kommunen immer mehr Aufgaben aufgebürdet, ohne das Bund und Land auch nur im Geringsten daran dächten, die Kosten dafür zu tragen. So müssen sich immer mehr Kommunen weiter verschulden.

Nach Schätzungen des Deutschen Städtetages sind rund ein Viertel aller Städte und Gemeinden in Finanzschwierigkeiten.

Zum Ausgleich der zusätzlichen Kosten und Einnahmeausfälle müssen die kommunalen Steuern erhöht werden, und das wiederum trifft wieder jeden Bürger dieser Stadt. Die Bürger haben also nicht mehr Geld in der Tasche, wie Ihnen eingeredet wird, sondern weniger.

Unbegreiflich ist uns auch, warum sie, meine Damen und Herren Kommunalpolitiker, Ihren Kollegen und Kolleginnen in der Bundes- und Landespolitik nicht einmal gehörig auf die Füße treten, damit sich etwas tut, im Sinne der Kommunen und gegen das finanzielle Ausbluten der Gemeinden. Dazu sollten Sie doch in der Lage sein!

Gerade die Erhöhung der Gewerbesteuern, als Beispiel, ist schädlich. Erhöht man den Hebesatz zu sehr, dann wandern die Gewerbetreibenden in Nachbarkommunen ab, wo es billiger ist. Dann fehlen der Stadt die Einnahmen ebenfalls. Zumindest regional wäre es wünschenswert, hier einheitliche Hebesätze für die Gemeinden zu beschließen.

Um den Kommunen solide, konjunkturunabhängige Einnahmen zu sichern, ist es zwingend erforderlich, die Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzierungssteuer umzuwandeln. Hierfür steht DIE LINKE.

Nun kommen wir aber wieder zur Kommunalpolitik und zu den Einnahmeerhöhungen, die wir **nicht** mittragen können.

Hier ist nur, als ein Beispiel, die Erhöhung der Beiträge für Kindertagesstätten zu nennen. Wie viele Eltern werden jetzt ihre Kinder nicht mehr in einer Kita anmelden, weil sie es sich nicht mehr leisten können?

Die Jugend ist unsere Zukunft. Daher muss Kinder- und Jugendbetreuung, Bildung und Erziehung kostenlos sein, vom Kindergarten bis ins hohe Alter. Leider konnte man sich hier, unserer Forderung nach kostenloser Kita - Betreuung nicht anschließen.

Nach der Einnahmenseite aber nun zu den Einsparungen und Kürzungen des Haushaltes.

Besonders ist uns aufgefallen, dass bei jeder Gelegenheit Rödel&Partner erhalten musste. R&P haben hier Kürzungen vorgeschlagen; R&P wollen dort sparen. Aber R&P wird **von** Ihnen, meine Damen und Herren, als Alibifunktion missbraucht. Wenn man in einer Verwaltung die Verantwortung abwälzen will, dann beauftragt man einen Gutachter, der einem die Verantwortung, zumindest in den Augen der Bürger, abnehmen soll. Aber die Verantwortung für diesen Haushalt 2010 werden Sie, meine Damen und Herren, so nicht los.

Und eines muss bei dem R&P Konzept noch bedacht werden. R&P prüft die wirtschaftlichen Aspekte in einem Unternehmen. Eine Kommune ist aber kein wirtschaftliches Unternehmen, wo es darauf ankommt, dass Vorstände, Aufsichtsräte, Manager und Aktionäre die größten möglichen Gewinnmargen einfahren. Eine Kommune ist ein soziales Gebilde, in dem Menschen leben. Diese sozialen Aspekte bleiben bei den wirtschaftlichen Betrachtungen des R&P Gutachtens weitgehend auf der Strecke.

Bedauert haben wir, dass Sie, meine Damen und Herren von der Plattform+, sich in der Tagespresse als die großen SparerInnen feiern ließen. Das ist natürlich leicht, sich als die großen SparerInnen feiern zu lassen, wenn man die eigenen Vorschläge immer mit Mehrheit durchstimmt und die Sparvorschläge der Anderen mit Mehrheit ablehnt.

Andern Tages jammerten Sie dann, dass Sie die ganze Last der Einsparungen, und den Unmut der Bürger, alleine auf Ihren Schultern tragen müssten, weil die Anderen nicht ausreichende Einsparungsvorschläge machten. Hätten Sie auch andere Vorschläge mitgetragen, brauchten Sie sich um dieses Problem nicht zu sorgen.

Aber nun zu den Sparvorschlägen DER LINKEN.

Im Jahre 2006, als der Bau des Theater beschlossen wurde, haben wir die Bürgermeisterin gefragt, ob sich die Stadt solch ein großes Theater auch leisten kann. Frau Unger teilte uns damals mit, dass wir uns nicht sorgen müssten und die Finanzierung gesichert sei.

Wir müssen der Bürgermeisterin an dieser Stelle bescheinigen, dass Sie nicht die Unwahrheit gesagt hat. Das Theater steht und ist eröffnet und wir sind sicher, dass Herr Löhr auch jede einzelne Rechnung bezahlen wird.

Allerdings war damals unsere Fragestellung falsch, wir hätten besser Fragen sollen: „Welche zusätzlichen Belastungen kommen, durch diesen Theaterneubau, auf die Bürger zu?“ Denn damals war uns schon klar, dass diese Kosten, die Gütersloher Bürger fast erdrücken und mit zur Haushaltsschieflage beitragen würden. Hier hat man über die Verhältnisse gewirtschaftet.

Wenn man denn, nach Erkennen der prekären Haushaltslage wenigstens die Bremse getreten hätte. Aber nein, dann wird sich an einmal gefasste Beschlüsse geklammert, wie der Ertrinkende an den Rettungsring. Warum hätte die alte Parkpalette nicht noch ein paar Jahre stehen bleiben können? Warum muss schnell noch ein neues Parkhaus her, auch wenn sich das angeblich kostendeckend rechnet? Im Moment geht es ja auch ohne Parkhaus. Warum baut man nicht erst, wenn wieder Geld in der Kasse ist? 2,1 Mio. € könnte man erstmal sparen. Auch bei der Platzgestaltung geht es um Millionenbeträge die gespart werden könnten. Eine gepflasterte Zuwegung und ein paar Säcke Grassamen von der Mühle tun es ja notfalls erstmal auch. Und der Spielbetrieb wird nicht wesentlich darunter leiden.

Aber nun haben wir das Theater und müssen damit leben.

Was uns allerdings ruhelos umtreibt, sind eher die laufenden Kosten des Kulturbetriebes. Wenn wenigstens die Kosten durch die Eintrittspreise gedeckt würden, dann müssten nur diejenigen für die Kosten aufkommen, die Theater und Stadthalle auch nutzen. Das wäre gerecht gegenüber allen.

Im Gebührenhaushalt geht so etwas. Wer eine Mülltonne haben will, zahlt dafür. Wer einen Pass haben will, zahlt dafür. Und zwar genau das, was es kostet.

Im Kulturbetrieb geht so was nicht. Dann würde eine Theaterkarte nicht nur unverschämt teure 32,--€ kosten, sondern ein Vielfaches von dem. Dann geht aber niemand mehr hin.

Wenn man z. B. in Bielefeld ins Theater geht, dann zahlt man genau den Preis für die Eintrittskarte und nicht mehr. Wenn man in Gütersloh ins Theater geht, dann zahlt man nicht nur den Eintrittspreis, man zahlt als Gütersloher BürgerIn auch noch einen weitaus höheren Anteil für die Zuschüsse, die der Kulturbetrieb aus dem Stadthaushalt erhält. Und es gibt Gütersloher BürgerInnen, die werden es sich niemals leisten können, das Gütersloher Theater zu besuchen. Trotzdem werden auch sie dafür zahlen müssen. Wir fragen: „Ist das gerecht?“

In dem Zusammenhang ist uns der Spielplan des Bambi-Kinos zur Eröffnung des Theaters aufgefallen. Es wurde der Film „Fitzcarraldo“ gezeigt. Diese Parallele zu Gütersloh war uns auch in den Sinn gekommen. Ein Kulturbesessener, der, irgendwo in der Mitte von Nirgendwo, ein Opernhaus errichten will, um den Menschen dort Kultur zu bringen. Nur die zeigen wenig Verständnis dafür.

Aber das Gütersloher Theater ist ja als Leuchtturmprojekt geplant und soll als Kulturmagnet Besucher aus dem weiten Umland anziehen, so zumindest die Aussage vom Kulturbeigeordneten Kimpel. Dadurch soll eine höhere Auslastung und Effizienz erzielt werden.

Aber wenn das Theater, als Leuchtturmprojekt, nicht nur für die Gütersloher sein soll, sondern auch für das weite Umland, warum soll die Hauptlast der Kosten auf den Schultern der Gütersloher liegen? Wäre es da nicht gerechter, auch die zu verteilen?

Der Kulturbetrieb wird ein Zuschussbetrieb bleiben. D. h. der Kulturbetrieb wird den Bürgern **dauerhaft**, jährlich mit ca. 3-4 Mio. € auf der Tasche liegen. Das gilt es zu verhindern.

Eine Privatisierung des Kulturbetriebes kommt nicht in Betracht. Erfahrungsgemäß würden dann die Finanzen aufgeteilt. Private Investoren erhalten die Gewinne und die Kommune die Verluste.

Aber die kommunalen Gesetze lassen eine andere Lösung zu. Aufgaben die zu groß und zu teuer sind für einzelne Gemeinden, sollen von der Gemeinschaft übernommen werden. Bedeutet; was die Gemeinde alleine nicht schultern kann, wird auf mehrere Schultern verteilt.

DIE LINKE wird dazu zeitnah einen Antrag stellen, Verhandlungen mit dem Kreis und dem Landschaftsverband zu führen, mit dem Ziel der Übernahme der Kulturbetriebe durch einen dieser Träger.

Nun noch einen kurzen Blick auf die übrigen Investitionsmaßnahmen für 2010 und folgende Jahre. Frau Bürgermeisterin Unger sprach bei der Einbringung des Haushaltes von 8 Mio. €. Ein Großteil für Modernisierung von Schulen, öffentlichen Einrichtungen und die CO² - Minderung. Da wollten wir nicht sparen.

Allerdings sind diese Maßnahmen zum großen Teil durch das Konjunkturprogramm II finanziert. Auch eine politische Mogelpackung. Der Staat gibt ja nicht alles, einen Großteil muss aus dem städt. Haushalt kommen. Auch das belastet den Haushalt zusätzlich. Aber welche Ratsfrau und welcher Ratsherr, könnte ruhigen Gewissens solche Zuschüsse ablehnen, ohne politischen Schaden zu erleiden?

Aufgefallen sind uns die hohen Kosten, wieder im Millionenbereich, für die Sanierung der Rathausfassade. Vor allem, wenn man den schönen neuen Eingang betrachtet. Da fallen die Fenster aus dem Haus, aber der Eingang ist schön gemacht. Bringt man nicht erst die vorhandene Bausubstanz in Ordnung und überlegt sich dann, ob man noch Geld für Verschönerungen hat? Auch hier hätte Geld gespart werden können.

Ablehnen werden wir Einsparungen im Bereich Bildung, Jugend, Sport und Personalwesen. Hier sind u.a. zu nennen, Einsparungen in Bereich Gleichstellung von Mann und Frau. Bei der Weberei muss es um Inhalte und nicht um Einsparungen gehen. Keine weitere Privatisierung der Reinigungskräfte, die dann die gleiche Arbeit zu „Discounter-Löhnen“ machen müssen. Andere Kommunen sind da schon weiter und stellen wieder mehr eigenes Reinigungspersonal ein.

Im Bildungsbereich missfiel uns besonders, dass Schulbibliotheken geschlossen werden sollen, andererseits aber 340.000 € für eine elektronische Buchausleihe ausgegeben werden, angeblich spart das Personal.

Geradezu absurd fanden wir Personal-Einsparungsideen im Bereich der Feuerwehr. Werden wir demnächst eine 2-Klassen-Feuerwehr haben? Objekte, wo die Feuerwehr in max. 8 Minuten da ist, und Objekte, wo es vielleicht mal etwas länger brennen kann, bis das rote Auto vor der Tür steht?

Wir hätten in vielen Bereich eher Ausgabenerhöhungen für dringend notwendig gehalten, als Kürzungen. Aber solche Forderungen haben wir uns gar nicht zu stellen getraut, angesichts der allgemeinen Streichorgie. Trotzdem werden wir an Konzepten, wie kostenlosem ÖPNV u. ä. Dingen, weiter fest halten.

Auch wenn wir, als DIE LINKE, die meisten Ihrer Vorschläge und Einsparungen, meine Damen und Herren, nicht mittragen können, so sind wir doch in Einem mit Ihnen völlig einig. Langfristig muss Gütersloh einen ausgeglichenen Haushalt ausweisen können. Das heißt, Einnahmen und Ausgaben müssen sich die Waage halten. Daran führt kein Weg vorbei.

Das geht aber nur durch drastische Erhöhung der Zuwendungen von Bund und Land und durch eine weitgehend konjunktur**un**abhängige Neustrukturierung der kommunalen Finanzen, wie z. B. durch eine Gemeindefinanzsteuer.

Wer aber glaubt, allein durch Einsparungen jemals einen ausgeglichenen Haushalt erreichen zu können, der wird unsere schöne Stadt Gütersloh in den Ruin sparen.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Gründe werden wir dem Haushalt 2010 nicht zustimmen.

Bis zum Haushalt 2011 wird DIE LINKE aber mit großem Interesse die Entwicklung des Bürgerhaushaltes beobachten und mit begleiten.

Meine Damen und Herren,
ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.